

### Genderforschung in Ungarn

Pető, Andrea

Preprint / Preprint

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pető, A. (2020). Genderforschung in Ungarn. *Ungarn-Jahrbuch : Zeitschrift für interdisziplinäre Hungarologie*, Jg. 2019(35), 229-248. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-72561-7>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

*Andrea Pető, Budapest*

## Genderforschung in Ungarn\*

An der Jahreskonferenz der Gendersektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hielt ich im Herbst 2015 einen Vortrag.<sup>1</sup> Der Titel der Konferenz hieß „Feminism reloaded. Contested terrains in times of antifeminism, racism and austerity“. Bei meinem Vortrag fragte ich die Zuhörerschaft, wer – ihrer Meinung nach – die bekannteste deutsche Soziologin in Osteuropa sei, die sich mit den sozialen Geschlechterrollen befasst. Wessen Bücher wurden – außer ins Englische – in die meisten osteuropäischen Sprachen, so auch ins Rumänische, Slowakische, Ungarische, Polnische, Slowenische und Tschechische, übersetzt? Nach einer langen und mitunter peinlich gewordenen Pause verriet ich es: es geht um Gabriele Kuby. Ihr Werk „Die Revolution der Geschlechter. Die Genderrevolution. Die Verstaatlichung der Erziehung“ ist zum Beispiel von der Webseite der ungarischen Christdemokratischen Partei auch kostenfrei herunterzuladen.<sup>2</sup>

Kuby ist für die Genderforschung von Bedeutung, sie wird bei den Veranstaltungen, an denen sie teilnimmt, stets als anerkannte deutsche Soziologin vorgestellt. Und sie hält oft Vorträge auch in Ungarn. Die Ungarische Nationalbank gründete zu Propagandazwecken dubiose Stiftungen, die unter anderem auch Hochschuleinrichtungen finanzieren, so auch die Quasi-Hochschule John Henry Newman Bildungszentrale in Sümeg. Diese Institution machte es Kuby möglich, im Hochschulbereich zu unterrichten, und ernannte sie zur ständigen Gastprofessorin. 2016 äußerte sich Csaba Lentner, Mitglied

---

\* Redigierte Fassung eines vom Ungarischen Institut der Universität Regensburg veranstalteten Vortrags, gehalten im Rahmen der „Regensburger Vorträge zum östlichen Europa“, Regensburg, 23. Januar 2020. Für eine Diskussion siehe Zsolt K. Lengyel: Ungarische Genderforschung auf dem Prüfstand. In diesem Band, 369–371.

<sup>1</sup> Andrea Pető: Anti-gender, azaz a társadalmi nemek fogalmát, mint ellenségképet használó tudományos diskurzus megjelenése Magyarországon. In: Társadalmi nemek. Elméleti megközelítések és kutatási eredmények. Hg. Mónika Kovács. Budapest 2017, 209–219.

<sup>2</sup> Gabriele Kuby: Die Gender Revolution. Relativismus in Aktion. Kißlegg 2006, 42008.

des Kuratoriums der vorhin erwähnten Stiftungen der Ungarischen Nationalbank, vor großer Öffentlichkeit in einem Kommuniké, er habe zur Aufgabe, das öffentliche Denken, das »in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften feststeckt«, zu verändern. Die Stiftungen spielen eine wichtige Rolle, da sie ein größeres Budget verwalten, als das ganze ungarische Hochschulwesen, wobei sie nicht einmal über eine Qualitätssicherung verfügen: »[...] es genügt nicht, dass es – nämlich die Notwendigkeit der intellektuellen Wachablösung – uns, paar Leuten an den Universitätslehrstühlen bekannt ist, vielmehr sollte diese Art vom öffentlichen Denken in jede Universität einsickern und nicht nur die privilegierten Universitäten erreichen, sondern jedem Universitätsprofessor durch den Kopf gehen. Was die Studierenden angeht, auch sie müssten über dieses Wissen verfügen [...], die ganze Denkweise, das öffentliche Denken selbst, muss verändert werden, und zwar in ganz Ungarn, damit die Menschen diese Art von wirtschaftspolitischer Tätigkeit akzeptieren, daran glauben, zur Kenntnis nehmen [...], und was bisher war, muss abgelöst werden. [...] Seitens der neoliberalen Akademiker-Elite, die nun in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften feststeckt, gibt es zwar Abwehrkämpfe, denn die linksliberalen Akademiker und Akademikerinnen sind mit dem politischen Scheitern der sozialistischen und der liberalen Partei in die Akademie eingedrungen und nun versuchen sie dort durchzuhalten. Das ist ein Kampf. Ein Kampf zwischen geistigen Gruppen.<sup>3</sup> In den vergangenen Jahren bekam die Central European University (CEU) infolge der *Lex CEU* in Österreich politisches Asyl, das Eigentum der Ungarischen Akademie der Wissenschaften wurde verstaatlicht und die Genderstudien wurden unterbunden. Der von Lentner forcierte Kampf scheint also entschieden zu sein.

Aber was bedeutet es, dass mich der Großteil der deutschen Kolleginnen und Kollegen, die sich in der komplizierten Hierarchiestruktur des deutschen wissenschaftlichen Lebens schon seit geraumer Zeit mit der Genderfrage befassen und als Ergebnis ihrer Arbeit anerkannte Positionen erworben haben und unter schwierigen Bedingungen publizieren, 2015 nach meiner eingangs gestellten Frage nur fragend anschauten: Wer ist denn diese Kuby? Einige in diesem Kreis kannten sie, weil die Konferenz gerade die Anti-Gender-Bewegung zum Thema hatte. Manche jedoch drückten ihre Missgunst mit einem Abwinken aus und sagten: Also, die Kuby, die fällt nicht ins Gewicht. Ich be-

<sup>3</sup> *Matolcsy embere* [...]. In: 444. 15. Mai 2016. <http://444.hu/2016/05/15/matolcsy-embere-teljesen-nyiltan-besz-el-arrol-hogy-a-fidesz-valasztasi-sikerehez-van-szuksege-a-matolcsy-alapitvanyokra> (16. April 2020).

haupte, sie merken nicht, dass unter dem Schutzschirm der Wissenschaft sich eine parallele Welt aufbaut, die von Grund auf alles angreift, was für diese Kolleginnen und Kollegen wichtig ist. Und zwar kämpferisch, wie von Csaba Lentner, dem Kurator der dubiosen Stiftung der Ungarischen Nationalbank, angedeutet. Diese Begebenheit – also das Erkennen beziehungsweise vielmehr das Nichterkennen der an die Genderforschung gestellten Anforderungen, des Umstands, dass ihre Situation, somit die der Wissenschaftlichkeit sich verändert – ist nicht als eine typisch deutsche Besonderheit anzusehen. Wie auch das sich bereits etablierte parallele Wissenschafts- und Bildungswesen nicht als solche gilt. Ich argumentiere nun dafür, dass die Institutionalisierung der Gender Studien, wie auch die gegen sie gerichteten Angriffe in Ungarn und in der ganzen Welt, nicht nur die Angelegenheit der in diesem Fachbereich tätigen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ist, sondern die des ganzen Wissenschaftsbetriebs und der progressiven Politik in ihrer Gesamtheit im weitesten Sinne. In diesem Vortrag gebe ich zuerst einen Überblick über die Geschichte der Institutionalisierung der Gender Studies in Ungarn. Danach werde ich die Ursachen und Folgen der ihr drohenden Gefahren, ferner die Möglichkeiten einer progressiven Politik behandelnt.

## I. Die Institutionalisierung

In diesem Teil werde ich die Entwicklungstendenzen in drei Absätze gegliedert in großen Zügen darlegen: Die Entwicklung nach 1989, die Auswirkungen des Beitritts zur Europäischen Union sowie der *illiberalen* Wende.

### *Von 1989 bis zum EU-Beitritt 2004*

Bereits 1989, zur Zeit des Niederganges des Sozialismus und davor, in den ausgehenden 1980er Jahren, ließen merklich vielversprechende Fortschritte und die Etablierung alternativer Universitätszentren die Hoffnung aufkommen, dass sich die Universitätsstruktur, die methodische Erneuerung inbegriffen, grundsätzlich verändern wird. Als der *verstaatlichte Feminismus* 1989 in Ungarn zusammenbrach, und ein Drittel der Arbeitnehmerinnen vom Arbeitsmarkt verdrängt wurde, ferner die Beteiligung der Frauen an Entscheidungsprozessen auf das unterste Niveau in Europa sank, wurde die Frage, auf welchem Weg Gender Studies institutionalisiert werden könnten, zu einem strategischen Problem – oder sie hätte zu einem werden sollen, al-

lein deswegen, weil Demokratie, Staatsbürgerschaft und eine aktive Teilnahme an politischen Prozessen miteinander eng verbunden sind.

Im politischen und wissenschaftlichen Diskurs konnte die paternalistische politische Praxis des *verstaatlichten Feminismus*, nach welchem die vermeintlich weniger *entwickelten* Frauen durch Erziehung und Bildung auf das Niveau der Männer zu heben sind, den diskursiven Raum schaffen und für die konservative Wende nach 1989 neue Methoden bereitstellen. Die Vertreter konservativer Ansichten haben aus dem Misserfolg der gleichsetzenden Frauenpolitik der Kommunisten gelernt, deshalb vertreten sie nun die *Sache der Frau* in Anlehnung an andere Fragen. Während der linke politische Diskurs im Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter in seiner Rhetorik – in Europa alleinstehend – auf die Verknüpfung von *Frauen, Roma und Behinderten* setzt, wird die politische Mobilisierung der Frau im konservativen Diskurs mit der Familie verbunden. Auf wissenschaftlicher Ebene erscheint das in Forschungen im Bereich der Sozialpolitikwissenschaft. Dieser Unterschied wird dann im dritten Teil meines Vortrags wichtig, um zu verstehen, wie es zur illiberalen Wende gekommen ist.

Die Genderwissenschaft in Ungarn hat drei Quellen:

1. *Forschungen über die gesellschaftlichen Ungleichheiten und die Merkmale der Erwerbstätigkeit der Frau*

Es handelte sich um Themen, die noch zu Beginn der 1980er Jahre die ersten Verknüpfungspunkte zu den Wissenschaftlerinnen jenseits des Eisernen Vorhangs darstellten. Dieser Anfang erwies sich im Weiteren als eine tödliche Umarmung, denn die Forschung beschäftigt sich (nach wie vor) mit umfassenden Themen wie Sozialpolitik, Armut oder Ungleichheiten, wodurch die Unterschiede der sozialen Geschlechter verdeckt werden. Daher ist es kein Zufall, dass das erste Zentrum für Frauenwissenschaft an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaft – die damals noch den Namen von Karl Marx trug –, gegründet wurde. Hier fanden Forschungen über die Merkmale der Erwerbstätigkeit der Frau und der sozialen Schichtung der Gesellschaft statt.

2. *Die Etablierung des Genderaspekts im Hochschulwesen: Geschichts- und Literaturwissenschaft, Linguistik, Anglistik, Amerikanistik, Germanistik*

In Ungarn, genauso wie in anderen Ländern des verstaatlichten Feminismus, sind die Feministinnen vor allem Vertreterinnen von feministischen Wissenschaften, das heißt, sie sind im Kreis von Akademikerinnen zu finden, die aufgrund ihres Fachwissens, ihrer Sprachkenntnisse mit dem

Wissenschaftsbetrieb jenseits des Eisernen Vorhangs in Berührung kamen. Auf diese Weise begannen sie, den gender-sensibilisierten Unterricht ins ungarische Hochschulwesen einzuschmuggeln. Dabei spielten die feministische Literaturwissenschaft und Linguistik sowie die anglo-amerikanischen Lehrstühle eine wichtige Rolle.

### 3. *Die Ebene der zivilen Frauenorganisationen*

In anderen Ländern, in Italien etwa, wurden von zivilen Frauenorganisationen Frauenzentralen gegründet, die außer der Erfüllung von Dokumentationsaufgaben Studiengänge in Genderthemen anboten – allerdings nicht im Rahmen einer Hochschulstruktur. In Ländern, in denen nicht nur die patriarchale Struktur, sondern auch der äußerst rigorose antidemokratische Staat das Hochschulwesen unter Kontrolle hielt – etwa in Kroatien, Serbien und in Weißrussland –, boten die zivilen Frauenorganisationen den Studierenden die einzige Möglichkeit, alternative, gender-sensibilisierte Wissensmodelle kennenzulernen und sich relevanten internationalen wissenschaftlichen Netzwerken anzuknüpfen. In der von Zivilorganisationen angebotenen Bildung werden in Fremdfinanzierung Sachbereiche wie häusliche Gewalt, Frauen als Unternehmerinnen und Unterricht der Toleranz gegenüber Homosexuellen erfasst, mit welchen Themen vor allem eine Normänderung angestrebt wird. In Ungarn konnten Frauenorganisationen bislang keine Institution etablieren, welche diese Initiativen zusammenfassen würde. Nach 1989 hat das Hochschulwesen sein Monopol bei der Vermittlung von Wissen und Qualifizierung ohne den Zwang einer Selbstreflexion bewahren können.

Nach den *demokratischen Flitterwochen* zu Beginn der 1990er Jahre waren die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der Genderforschung zuversichtlich. Auch Forscher und Forscherinnen auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs teilten diesen Optimismus, denn ihre eigenen vergleichenden Forschungen fielen glücklicherweise mit diesem Wandel zusammen und eröffneten ihnen neue Möglichkeiten. Kaum waren einige Jahre vergangen, als manche, mit einem Hauch von Aktivisten-Flair gesegneten Genderforscher und Gendeforscherinnen auf der Westseite des Eisernen Vorhangs konstatierten, dass die so sehr ersehnte Schwesterlichkeit unter ihnen in Ost und West zunehmend auf Hindernisse stieß. Solche waren zum Beispiel die sprachlich-kulturellen Missverständnisse, die Fehlkommunikation oder die Auswirkungen des gemischten Segens der westlichen feministischen Theorie in der

Region, die mit Osteuropas Neoliberalisierung verknüpft wurde. Dazu kam der immer aggressivere lokale antifeministische Diskurs.

Trotzdem: Die wissenschaftliche Ernte und institutionelle Entwicklung der ersten 20 Jahre nach 1989 – Konferenzen, Publikationen, Ausstellungen sowie die Gründung der Feminismus-Sektion der Ungarischen Soziologischen Gesellschaft – waren Grund genug, zuversichtlich zu sein. Grundwerke wurden ins Ungarische übersetzt und erschienen in verschiedenen Buchreihen bei namhaften Verlagen. Diese Tatsache schien die Optimisten zu bestätigen. Neben Biografien hervorragender Politikerinnen wurde ein umfassender Band über ungarische Schriftstellerinnen veröffentlicht.<sup>4</sup> Die wichtigsten Episoden der Aktivität der Frauen – angefangen von den frühesten Debatten um die Frauenfrage, über die bürgerliche Frauenbewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts, bis hin zur Rolle der Frauen in der 1956er Revolution – erhielten somit in der ungarischen Politik- und Kulturgeschichte ihren angemessenen Platz. Die Gründung der CEU 1990 und die Einrichtung des Lehrstuhls für Gender Studien 1995 schienen die Rolle des fehlenden Kettenglieds zu erfüllen: Die Gründung einer Institution mit großem Einfluss, deren Aufgabe eindeutig darin bestand, Bedingungen für den Gedankenaustausch zwischen Forschern und Forscherinnen in Ost und West sicherzustellen.

Die Versprechungen blieben allerdings unerfüllt, und die Enttäuschung darüber können selbst alle oben aufgezählten Ergebnisse nicht übertünchen. Die bündige Darstellung von Konferenzen und Ergebnissen beleuchtet die tief verwurzelten Probleme der Infrastruktur von Bildung und Forschung.

Die 1994 vom Lehrstuhl für Frauengeschichte der CEU veranstaltete Konferenz war der erste Versuch, die Frauengeschichte auf einem interdisziplinären internationalen Forum zu thematisieren. Gerade weil sie der erste Versuch war, kann man über das wechselhafte Niveau der Vorträge und das Fehlen eines gemeinsamen theoretischen und methodischen Ansatzes nicht Rechenschaft verlangen. Der nächste, 1997 erschienene repräsentative Band galt als ein mutiger, wenngleich nicht in jeder Hinsicht überzeugender Versuch, um eine thematische und methodische Einheit zu schaffen.<sup>5</sup> Zwei Konferenzen in den Jahren 2000 und 2005 und diesen folgende Publikationen ließen aber, trotz aller Mühe der Organisatoren, grundlegende Probleme zum

<sup>4</sup> Eszter Dizseri: Zsindelyné Tüdös Klára. Életrajz dokumentumokban 1895–1980. Budapest 1994; Ilona Mona: Slachta Margit. Budapest 1997; Andrea Pető: Rajk Júlia. Budapest 2001.

<sup>5</sup> Szerep és alkotás. Női szerepek a társadalomban és az alkotóművészetben. Hgg. Beáta Nagy, Margit Sárdi. Debrecen 1997.

Vorschein kommen. Die veröffentlichten Beiträge wiesen überraschend große Qualitätsunterschiede auf. Die westlichen Grundbegriffe der Frauengeschichte und der Geschichte der sozialen Geschlechter wurden weiterhin außer Acht gelassen. Ferner fehlte es auch an Bereitwilligkeit, die früher publizierten wissenschaftlichen Ergebnisse anzuerkennen.<sup>6</sup>

Hier sei noch erwähnt, dass sich aus den Forschungsprojekten kleineren Umfangs, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, nur selten ein allgemeines und umfassendes Bild, eine Monografie zusammensetzte. Diese Probleme lassen erkennen, dass es in Ungarn im Bereich der Gender- und Frauenforschung nicht gelungen ist, eine wissenschaftliche Gemeinschaft zu etablieren, die in der Lage wäre, die herkömmlichen und disziplinären Grenzen zu überschreiten. Da es an Arbeiten von hoher Qualität sowie an einem konsequent vertretenen, wohlabgegrenzten begrifflichen Rahmen und einem methodischen Ansatz fehlte, erreichten die Frauen- und Geschlechterstudien noch nicht das Niveau, um sich als legitimer und von jedem anderen Wissenschaftszweig abgesonderten, selbständigen disziplinären Forschungsbereich anerkennen zu lassen. In den Mittelschulen und Universitäten hatte der Unterricht der Frauen- und Geschlechtergeschichte einen noch geringeren Einfluss. Wir sollten dabei die übrigens großartigen neuen Lehrbücher näher betrachten, deren Verfasser über die neuesten Historiker-Debatten gut informiert sind, über Frauen aber kein Wort zu sagen haben. Die Publikation des einzigen ergänzenden Lehrbuches<sup>7</sup> führte 2009 im ungarischen Parlament zu der Anfrage in der Fragestunde, warum die »Kultur des Todes mit dem Geld der ungarischen Steuerzahler gefördert« werde.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> *Asszonyorsok a 20. században*. Hgg. Margit Balogh, Katalin S. Nagy. Budapest 2000; *Házastárs, munkatárs, vetélytárs?* Hgg. Mária Palasik, Balázs Sipos. Budapest 2005.

<sup>7</sup> *A nők és a férfiak története Magyarországon a hosszú 20. században. Kiegészítő tananyag a középiskolák számára*. Hgg. Andrea Pető, Zsuzsa Tarajosy. Budapest 2008.

<sup>8</sup> Die Interpellation eines Abgeordneten aus der damals oppositionellen Fidesz-Partei vom 12. Mai 2009: <https://www.parlament.hu/irom38/09697/09697.pdf> (21. April 2020). Der dazugehörige Artikel mit dem Ausdruck »Kultur des Todes« (Bernadett Mizsei: *Nőkről és férfiakról egy kicsit másként*. In: Magyar Nemzet Online, 4. Mai 2009. [http://mno.hu/migr\\_1834/nokrol\\_es\\_ferfiakrol\\_egy\\_kicsit\\_maskent-305202](http://mno.hu/migr_1834/nokrol_es_ferfiakrol_egy_kicsit_maskent-305202)) ist online nicht mehr zugänglich. Der fragliche Ausdruck entstammt der Enzyklika »Evangelium Vitae« von Johannes Paul II. vom 25. März 1995, in dem sich der damalige Papst auch über »das verabscheuungswürdige Verbrechen der Abtreibung« äußerte: [http://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf\\_jp-ii\\_enc\\_25031995\\_evangelium-vitae.html](http://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_25031995_evangelium-vitae.html) (21. April 2020).



*Vom EU-Beitritt bis 2010*

Damit sind wir beim wichtigsten Punkt der oben erläuterten Probleme angelangt: bei der Institutionalisierung der Frauen- und Genderwissenschaften in Ungarn. Sie wird von zwei Faktoren bestimmt: erstens von der nach dem EU-Beitritt entstandenen und für kleinere Disziplinen ungünstige Situation, zweitens von der illiberalen Wende nach 2010.

Das Bildungswesen gehört in der EU in die Kompetenz der Mitgliedstaaten, aber im Sinne der Lissabon-Strategie soll das neue europäische Bildungssystem das Wirtschaftswachstum und die soziale Kohäsion fördern. Ferner hat es die Förderung der aktiven Staatsbürgerschaft zum Ziel. Die Verfassung der EU legt auf die Gleichstellung der Geschlechter großen Wert, was einen vorsichtigen Optimismus zulässt. Die Umsetzung gehört allerdings, wie im Bildungswesen, in die Kompetenz der Mitgliedstaaten.<sup>9</sup>

Das nach dem EU-Beitritt aufgebaute neue Bildungswesen hätte gleichzeitig auch die Chancengleichheit stärken sollen. Durch Mobilität und Austauschprogramme wurde das Bildungswesen wettbewerbsfähig und offen. Auf den ersten Blick scheint alles einfach zu sein: Die wissenschaftlichen Publikationen aus den letzten zwanzig Jahren bestätigen, dass der Unterricht von Gender-Inhalten die Chancengleichheit tatsächlich fördert und die Kohäsion in der Gesellschaft stärkt. Auf der anderen Seite haben die feministischen Universitätsdozenten mit Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie ihre Kurse in die neu zu schaffenden Bildungsstrukturen einbringen wollen. In Ungarn konnte sich der genderwissenschaftliche Unterricht vor allem in den Hochschuleinrichtungen einbürgern, an denen engagierte Universitätsprofessoren und Professorinnen innerhalb der eigenen Bildungsprogramme thematisch einschlägige Kurse anboten.

Das weitere Schicksal der Gender Studies in den Hochschuleinrichtungen hängt wohl (auch) von der Lobbytätigkeit der einzelnen feministischen Universitätsdozenten ab. Die neuen Kurse des Fachgebietes wurden den bereits vorhandenen Curricula zugeordnet, da die Struktur des ungarischen Hochschulwesens interdisziplinäre Modelle nicht unterstützt. Sogar der Bologna-Prozess konnte diese strengen Strukturen mit fest definierten Studienfächern nicht auflösen. Außerdem werden die Genderwissenschaften in Ungarn vorwiegend zu den philologischen und weniger zu den sozialwissenschaftlichen

<sup>9</sup> Andrea Pető: „Angebot ohne Nachfrage“. Ungarische Frauen als Bürgerinnen eines EU-Betrittslandes. In: Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Hgg. Silke Roth, Ingrid Miethe. Opladen 2003, 183–203.

Disziplinen gezählt, was in ihrem Fall wahrscheinlich zum weiteren Prestigeverlust führen wird, wie es auch bei anderen philologischen Wissenschaften festzustellen ist. In Ungarn gibt es keine für Gender Studies spezialisierten selbständigen Institute mit eigenen Dozenten, welche die interdisziplinäre Forschung zusammenfassen würden und gleichzeitig als Basis für Bildung, Dokumentation und gesellschaftliche Aktivität dienen könnten. Den Forschern und Forscherinnen bieten zwar regelmäßig organisierte Jahreskonferenzen wichtige Gelegenheiten zum Austausch, aber nur wenige Studierende entscheiden sich dafür, ein Gender-Studium zu absolvieren, weil es auf dem Arbeitsmarkt an geeigneten akademischen Stellen fehlt. Wir wissen anhand internationaler Beispiele, dass die enge Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen von Frauen, der feministischen Universitätsnetzwerken und der politischen Institutionen zu strukturellen Änderungen im öffentlichen Leben und im Bildungswesen geführt hat. In Ungarn ist aber der NGO-Sektor schwach, die einzige NGO mit dem Namen IGEN – die eine Reform des ungarischen Bildungssystems anstrebte –, war in einer marginalisierten Lage und bald gezwungen, sich aufzulösen, da sie nach dem EU-Beitritt weder auf staatliche Finanzmittel noch auf internationale Fördermittel Zugriff hatte.<sup>10</sup> Daraus lässt sich möglicherweise der Schluss ziehen, dass der internationale Druck, etwa der Bologna-Prozess, erst dann Aktivisten dazu verhilft, Änderungen zu erreichen, wenn sie durch ihr Engagement in Netzwerken vor Ort verwurzelt sind.

Zu einer Wende im Institutionalisierungsprozess kam es, als neben früher zertifizierten Programmen in Szeged und Debrecen die CEU 2006 die Bedingungen zu einem zweijährigen Masterstudium schuf und es – neben einem bereits akkreditierten einjährigen englischsprachigen Studiengang mit amerikanischem – einen zweijährigen englischsprachigen Masterstudiengang mit ungarischem Diplom akkreditieren ließ, der im Frühling 2017 von der Budapester Eötvös-Loránd-Universität (ELTE), der größten Universität des Landes, an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät auf Ungarisch zugelassen wurde. Es ist überlegenswert, aber nicht zu klären, ob der schon anfangs ungleiche Kampf während der Angriffe gegen die Genderwissenschaft einen anderen Ausgang genommen hätte, wenn der Berufsstand einheitlich und unter Mitwirkung der Philologen aufgetreten wäre. Im August 2017 wurde

<sup>10</sup> Andrea Pető: Die Institutionalisierung der Geschlechtsstudien in Ungarn. Chancen und Beispiele. In: *Travelling Gender Studies. Grenzüberschreitende Wissens und Institutionentransfers*. Hgg. Beate Binder [u. a.]. Münster 2011, 98–114.

der zweijährige Masterstudiengang von der Regierung aus dem Verzeichnis der akkreditierten Studiengänge gestrichen. Derzeit sind Frauen- und Genderwissenschaften weder als Grundstudium noch als Masterstudium an einer Universität in Ungarn vertreten.

Wegen des Fehlens eines institutionellen Hintergrunds fällt die Aufgabe, Konferenzen zu organisieren und für deren Nachbereitung zu sorgen, einer Handvoll engagierter Forscherinnen der Frauen- und Geschlechterwissenschaft zu, wobei sie von ihrer Anstellung her eigentlich in Disziplinen tätig sind, die mit den Genderwissenschaften nichts zu tun haben. Die Studierenden, die sich für Gender Studies interessieren, wenden sich anderen Fachbereichen zu oder bewerben sich um ausländische Stipendien, wozu sie seit dem Beitritt Ungarns zur EU zahlreiche Möglichkeiten haben. Oft entscheiden sie sich für ein Studienprogramm der nach Wien umgesiedelten CEU.

#### *Seit 2010*

Dieser Zeitraum – der des illiberalen Staates, für den ich noch eine andere Bezeichnung einführen werde –, lässt sich aus der Sicht der Genderforschung durch intellektuelle Spannung und Proaktivität charakterisieren. Die Sektion für Frauengeschichte der Ungarischen Gesellschaft für Geschichte, die Arbeitsgemeinschaft für Frauengeschichte an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie die Feministische Fachabteilung der Ungarischen Soziologischen Gesellschaft wurden umsonst gegründet, wenn sie nicht ins Hochschulwesen strukturell integrieren können. Eine Ausnahme bildet die Arbeitsgruppe der ELTE für Frauengeschichte, wobei sie, wie alle erwähnten Organisationen, zur Finanzierung ihrer Projekte kein Budget zur Verfügung hat. Diese Strukturen sind nicht in der Lage, sich um Drittmittel zu bewerben.

An dieser Stelle stellt sich die Frage: Worin besteht der wissenschaftliche Anti-Gender-Diskurs? Und worin liegt seine Bedeutung? Welche Strategien bieten sich für die Gender Studies in diesem, wissenschaftlichen Leben?<sup>11</sup> Zwar wurde das Masterstudium aus der Liste akkreditierter Studiengänge gestrichen. Doch es ist niemandem gekündigt worden, und wenn man keine Selbstzensur anwendet, kann man unterrichten, wie früher. Allerdings ist die Graduierung von Studierenden nicht möglich.

<sup>11</sup> Andrea Pető: Challenges for Gender Studies amidst the Surge in Anti-Gender Movements. In: Association für Women und Slavic Studies 5 (2016) 1, Juni 2016. <http://files.ctctcdn.com/f916d256201/326f099b-74b4-4956-a924-81854277ea88.pdf> (16. April 2020).

Was hat sich geändert? Die Anti-Gender-Bewegung ist mit dem jahrhundertalten Anti-Feminismus nicht gleichzusetzen, aber auch nicht mit der konservativen Emanzipationsfeindlichkeit, wenn Politiker die Aufgabe einer Frau einzig und allein darin sehen, Enkelkinder zur Welt zu bringen, oder wenn Popstars über das *weibliche Prinzip* faseln – wie es in Ungarn der Fall ist. Es geht hier auch nicht um eine Restauration als konservative Antwort auf die Erfolge der 1968er Bewegungen. Das Anti-Gender ist vielmehr eine grundsätzlich neue Erscheinung, die zustande kam, um eine neue Weltordnung zu schaffen.<sup>12</sup> Es ist ein Teil des im Sinne von Gramsci gemeinten Sozialisierungskampfes um Hegemonie. Csaba Lentner hat in seinem oben zitierten Interview Recht. Wie ich darauf eingangs hingewiesen habe, traf das Phänomen der Anti-Gender-Bewegung in Ungarn nicht nur die säkularen Bewegungen mit universalem, menschenrechtlichem Ansatz unerwartet und unvorbereitet, sondern auch den konservativen Diskurs selbst. Dieser Prozess ist allerdings nicht nur für Ungarn charakteristisch, selbst wenn der europäische Wertekampf gewonnen zu sein schien. Die dreifache Krise – die Finanzkrise 2008, die sicherheitspolitische und die Flüchtlingskrise – bewirkte eine Umgestaltung des bestehenden europäischen Rahmens und gab der Anti-Gender-Bewegung Rückenwind, wobei sie sich auch auf die Wissenschaft ausgewirkt hat.

Um es kurz zu fassen: Die Anti-Gender-Bewegung ist eine nationalistische, neokonservative Antwort auf die Krise der neoliberalen globalen Weltordnung. Deshalb ist sie nicht nur für die Gender Studien von Interesse, sondern auch für jede und jeden, die oder der sich für die Menschenrechte

<sup>12</sup> (*Anti*-)Genderismus. *Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Hgg. Sabine Hark, Paula-Irene Villa. Bielefeld 2015; Weronika Grzebalska: Why the war on „Gender Ideology“ matters – and not just to Feminists. Anti-genderism and the crisis of neoliberal democracy. In: Visegrad Insight, 7. März 2016. <http://visegradinsight.eu/why-the-war-on-gender-ideology-matters-and-not-just-to-feminists/> (16. April 2020); Andrea Pető: „Anti-gender“ mobilisational discourse of conservative and far right parties as a challenge for progressive politics. In: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Hgg. Eszter Kováts, Maari Pöim. Foundation for European Progressive Studies, Friedrich-Ebert-Stiftung 2015, 126–132. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (16. April 2020); A. Pető: Gender equality as re-enchantment: Political mobilisation in times of „neo-patriarchal neo-liberalism“ and possibilities of bipartisan dialogue. In: „Woman Up! 2“. A transatlantic gender dialogue. Hgg. Maari Pöim, Judit Tanczos. Foundation for European Progressive Studies 2015, 139–145. <https://www.feps-europe.eu/resources/publications/295-woman-up-2-a-transatlantic-dialogue.html> (16. April 2020).

und die Demokratie engagiert.<sup>13</sup> Diese Bewegung greift den Liberalismus und die Demokratie an, weil die Begriffe Liberalismus und Demokratie seit der Aufklärung miteinander verflochten sind.

Es handelt sich um eine transnationale Bewegung: Sie übt ihre Wirkung auf nationaler Ebene aus, während sie mit internationalen Prozessen verbunden ist. Ihre Akteure sind international tätig. Aus diesem Grund ist der einleitend geschilderte Vorfall aus dem Jahr 2015 besonders bedauernswert. Das Werkzeug und die Funktionsweise der Anti-Gender-Bewegung ist die Hassrede: Sie bezeichnet die Genderforschung und jedes Wissen, das von dieser hervorgebracht wird, als *Kultur des Todes*. Gleichzeitig geht es dabei um eine proaktive Bewegung, die mit Hilfe eines klar definierten Feindbildes und einer effizienten Emotionspolitik arbeitet. Die Bewegung ist dadurch definiert, gegen was sie sich richtet, und nicht dadurch, aus welchem Grund. Zusammenfassend und allgemein lässt sich behaupten: Sie greift die Gleichheit der sozialen Geschlechter an, das heißt, das Prinzip, dass die Staatsbürger und Staatsbürgerinnen in gleichem Maße berechtigt sind, am öffentlichen Leben teilzunehmen, und sie das Recht haben, über ihren Körper zu verfügen. Grundsätzlich wird die Freiheit als individuelle Wertewahl angegriffen, und zwar in sechs Bereichen: 1. die LGBTQI-Rechte; 2. internationale Abkommen, wie die Istanbul-Konvention; 3. Fachpolitiken, wie das *Gender Mainstreaming*, aber grundsätzlich alles, in dem der Ausdruck *soziale Geschlechter* oder *Gender* vorkommt; 4. Sexualunterricht und dessen Inhalt in den Schulen, weil nicht das Recht der Selbstbestimmung, sondern die Erziehung zu Familienrollen gefördert wird; 5. die institutionalisierte Disziplin der Gender Studien im Hochschulwesen; 6. die Tätigkeit der EU sowie aller internationalen Institutionen, die – mit ihrer im Verständnis der Anti-Gender-Auffassung mangelhaften Legitimation – dem nationalen Staatsrahmen ihre Beschlüsse und Entscheidungen aufzwingen, welche die vermeintlichen Grundlagen des Nationalstaates angreifen. Diese Aufzählung zeigt, dass es hier um eine universale Bewegung geht, die jeden in diesem Vortrag behandelten Fachbereich betrifft.

Der gerade tobende Informationskrieg macht auch vor dem Anti-Gender-Diskurs keinen Halt. Es werden gut fundierte oder aber konspirative Theorien veröffentlicht, Russland kaufe etwa Menschen, Nachrichtenportale oder sogar ganze Zivilorganisationen, um die EU zu schwächen oder die eigenen Ansich-

<sup>13</sup> Andrea Pető: Anti-Gender Bewegungen in Europa. Was tun? In: Gender Matters! Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016/6, 41–49.

ten zu propagieren. Dazu gehört, dass die russische Staatspropaganda den Begriff *Gender* als Feindbild anwendet.<sup>14</sup> Russland war das erste Land, in dem die Zentren für Gender Studien in Zentren für Familienkunde umbenannt wurden. Oft wird auch der Vatikan im Zusammenhang mit Anti-Gender-Bewegungen erwähnt. Damit werden die Reformgruppen innerhalb der katholischen Kirche unsichtbar gemacht, die versuchen, die Kirche für gesellschaftliche Probleme des 21. Jahrhunderts zu sensibilisieren. Es ist nicht leicht, diesen Zusammenhang zu deuten, da es sich um eine vielschichtige und vielfache globale Bewegung handelt, die unsere wissenschaftliche Arbeit grundlegend beeinflusst.

In den Anti-Gender-Bewegungen, die sich vom Thema und Ziel ihres Protests her in einem außerordentlich breiten Rahmen bewegen, fungiert der Begriff von *sozialen Geschlechtern* als symbolischer Kitt: Er verbindet auf den ersten Blick nicht zusammenpassende Standpunkte miteinander, infolgedessen die Zahl der Debatten und Artikel zur Gender-Frage von Tag zu Tag zunimmt.<sup>15</sup> So sind die Gender Studies zu einer Art Pop-Wissenschaft geworden, jede, jeder glaubt, sich darin ausweisen zu können. Das kann einem gefallen oder nicht gefallen, man kann daran teilnehmen oder nicht teilnehmen, nur eines geht nicht: zu ignorieren, dass es zu einer Trendwende gekommen ist. Die oben erwähnte Gründung eines ungarischsprachigen Masterstudiengangs für Gender Studies 2017 an der ELTE war in Ungarn einer der Gründe für den Beginn der Kampagne gegen Gender. In den regierungsnahen Medien setzten sich vor allem Männer und nur in seltensten Fällen Experten beziehungsweise Frauen mit der Frage auseinander. Das Ergebnis war trotzdem positiv: Das Land lernte Gender und die Gender Studies kennen, die bis dahin nur in engen Fachkreisen wahrgenommen worden waren.

Dieser Anti-Gender-Diskurs stellt die Trennung zwischen weltlicher und kirchlicher Wissenschaft in Frage. Diese Bewegung ist ein Versuch der Re-Klerikalisierung. Lesenswert ist der Lexikoneintrag zum Begriff *Gender* in dem vom Vatikan herausgegebenen und ins Ungarische übersetzten

<sup>14</sup> Péter Krekó [u. a.]: The Weaponization of Culture: Kremlin's Traditional Agenda and the Export of Values to Central Europe. In: Political Capital Institute, 4. August 2016. [http://www.politicalcapital.hu/wp-content/uploads/PC\\_reactionary\\_values\\_CEE\\_20160727.pdf](http://www.politicalcapital.hu/wp-content/uploads/PC_reactionary_values_CEE_20160727.pdf) (16. April 2020).

<sup>15</sup> Weronika Grzebalska – Eszter Kováts – Andrea Pető: Gender als symbolischer Kitt. Warum das Konzept genutzt werden kann, um progressive Politiken zu delegitimieren. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. September 2018. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gender-als-symbolischer-kitt/> (20. April 2020).

„Familienlexikon“.<sup>16</sup> Darin findet sich eine komplementäre Deutung der ontologischen Unterschiede. An diesem Prozess nehmen auch die fundamentalistischen Richtungen der verschiedenen Konfessionen teil.

## II. Der illiberale oder Polypore-Staat

Die progressive Politik, deren Teil der feministische politische Aktivismus bildet, durchlebt eine Krise, die auf mehrere Gründe zurückzuführen ist. In diesem Beitrag analysiere ich einen Grund, wenn ich feststelle, dass die aus dem Verband Junger Demokraten (*Fiatal Demokraták Szövetsége*, Fidesz) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (*Kereszténydemokrata Néppárt*, KDNP) gebildete ungarische Regierungskoalition in der letzten Zeit einen qualitativ neuartigen Staat ausgebaut hat. Unter Politologen entspann sich ein Definitionsstreit über der Frage, welche Bezeichnung am besten geeignet sei, diesen illiberalen Staat zu beschreiben: demokratischer Autoritarismus, Hybridstaat oder Mafiastaat? Weronika Grzebalska und ich haben vorgeschlagen, die Bezeichnung *Polypore-Staat* zu verwenden. Polypore, auf Deutsch *Porling*, sind jene Pilze, die am Baumstamm schmarotzen und nichts Anderes zustande bringen, als einen neuen Porling, sie verfügen über keine eigenständige Existenz. Aus dem Stamm des Baumes saugen sie heraus, was sie brauchen, und sorgen knallhart ausschließlich für die eigene Existenz.<sup>17</sup>

Wir haben in Bezug auf die Funktionsweise des Polypore-Staates drei Faktoren definiert. Aus Gender-Sicht sind alle drei wichtig. Doch alle drei fanden bislang kaum Erwähnung oder sind in den traditionellen politischen Analysen und vor allem in der Ausformulierung von Wahlstrategien weggelassen worden.

Die erste spezifische Funktionsweise ist der Aufbau von staatlich finanzierten parallelen zivilgesellschaftlichen Organisationen. In diesem Rahmen werden vom Polypore-Staat Organisationen finanziert, die vom Rechtstatus her als zivilgesellschaftlich gelten, die sich scheinbar dieselben Ziele gesetzt haben wie die säkularen Menschenrechtsorganisationen. Solche Ziele sind zum Beispiel die Vereinbarung von Beruf und Familie, die Unterstützung von Müttern mit Kleinkindern. Allerdings geschieht all das in einem anderen

<sup>16</sup> *Családlexikon. A családdal és az élettel kapcsolatos vitatott fogalmakról és etikai kérdésekről.* Hg. Szent István Társulat. Budapest 2012.

<sup>17</sup> Weronika Grzebalska – Andrea Pető: The gendered modus operandi of the illiberal transformation in Hungary and Poland. In: *Women's Studies International Forum* 68 (2018) May-June, 164–172.



ideologischen Rahmen. Die Bedingung für eine finanzielle Unterstützung dieser Organisationen ist die Regierungstreue, und dass sie das auf Männerherrschaft basierende politische System, seine Institutionen und Vertreter, nicht in Frage stellen. Die Existenz dieser Parallelorganisationen ist der Grund dafür, dass die ungarische Regierung beim Besuch des Ausschusses für die Rechte der Frau des Europäischen Parlaments oder im Bericht des Ausschusses der UNO zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) auf der einen Seite über blühende und aktive zivilgesellschaftliche Organisationen Rechenschaft ablegen konnte, auf der anderen Seite jedoch diese Politik die Geldquellen für die Aktivisten und Aktivistinnen der oppositionellen nicht Nichtregierungsorganisationen versiegen ließ. Das versetzte der Tätigkeit dieser Organisationen, die ja auch bis dahin nur von Projekt zu Projekt lebten, den letzten Stoß. Mehrere von ihnen wurden in ihrer Existenz untergraben, Büros mussten geschlossen werden. Ihnen wurde im wahrsten Sinne des Wortes der physische Handlungsraum entzogen. Über Jahrzehnte hin erworbene Fachkenntnisse und Beziehungsnetzwerke verloren durch Geldnot und auf einem sich verknappenden Markt ihren Wert. Es kam zu existenziellen Auseinandersetzungen und zum Konkurrenzkampf im virtuellen Raum des Internets.

Die zweite spezifische Funktionsweise des Polypore-Staates ist der *Familialismus*. Das bedeutet, dass hier statt Frauenpolitik eine familialistische Politik betrieben wird. Der Staat unterstützt auch mit seiner Sozialpolitik die Familien, das heißt, die heterosexuellen Ehepaare. Die ungarische Frauenbewegung verteidigt mit ihrem Vokabular, ihren Vorhaben, ihrem Maßnahmenplan sowie mit ihrer Einbettung in das internationale Institutionennetz die universalen Rechte der Frau. Der parallele Familialismus geht zwar von einem frauenrechtlichen Rahmen aus, aber für die Frau als sachpolitische Zielgruppe setzt er die Familie ein. Diese Wende traf die Feministen und Feministinnen unerwartet und unvorbereitet – zunächst einmal, weil sich bestimmte Regierungsmaßnahmen in breiten Kreisen großer Beliebtheit erfreuen. Trotz aller rationalen wirtschaftlichen Argumente sind die steuerliche Zusammenveranlagung, sei sie für die Frauen langfristig noch so nachteilig, wie auch die *flatrate* Lohnsteuer von 15 Prozent, welche die besser Verdienenden begünstigt, sehr beliebt. Das Phänomen, dass die Mehrheit der Wähler gegen die eigenen wirtschaftlichen Interessen stimmt, ist neu; deshalb ist es erforderlich, die Wählermotivationen in ihrer Komplexität zu verstehen. Eine weitere Herausforderung ist es, Sachpolitik interessant und



verständlich zu kommunizieren, wenn die erforderlichen Fachkenntnisse zwar vorhanden sind, aber über den ideologischen und physischen Raum der Polypore-Staat verfügt, der hauptsächlich nur junge Männer agieren lässt, die den Standpunkt des Staates aggressiv und nicht auf fachpolitischer Basis vertreten. Es ist bisher nicht gelungen, diese Herausforderung zu meistern. Die Regierungspropaganda hat die gesellschaftliche Legitimation der Gender Studies und der Arbeit der Aktivisten und Aktivistinnen in zivilgesellschaftlichen Organisationen untergraben, was die Verzweiflung in diesem Fachkreis weiter anwachsen ließ.

Das dritte Merkmal des Polypore-Staates ist die Verwendung des sicherheitspolitischen Diskurses. In der Regierungsrhetorik ist jedwede sachpolitische Frage zu einer Frage der Sicherheit geworden, bei der eine wachsame Regierung eine Bedrohung besiegt, die von *Brüssel*, den Migranten, *György Soros*, *Regenbogenfamilien*, *Gender*, *Gender Studies* und dergleichen ausgeht. Dieser Gruppe wurden die zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem die Frauenrechtsorganisationen zugeordnet, die nach Meinung der Regierungspropaganda das *traditionelle Familienmodell* untergraben – und das noch dazu aus dem Ausland finanziert beziehungsweise in ausländischem Auftrag. Die feministischen Aktivisten und Aktivistinnen haben dagegen den Kampf aus einer mehrfach benachteiligten Position aus aufgenommen. Doch ihre Argumentationsführung war nicht rational, und in der politischen Diskussion wurde durch die emotionale Wende jede vernünftige Argumentation annulliert, jedes vernünftige Argument ging neben den stark vereinfachten Regierungsbotschaften unter.

Der sicherheitspolitische Ansatz stellt auch die Berechtigung des Menschenrechtsdiskurses in Frage. Dies zeigte sich in einer wissenschaftspolitischen Wende, welche die Gender Studies dazu benutzt, um Hass und Angst zu verbreiten. Hierbei werden mit Mitteln der Wissenschaft, mit dem willkürlichen Herausgreifen von Stellen irgendwelcher Studien nicht nur die Genderforschung und ihre wissenschaftlichen Ergebnisse diskreditiert, sondern auch der Wert der wissenschaftlichen Forschung selbst. Hierzu gehört das *Lex CEU*, die Kontrolle über die Quellen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften beziehungsweise der aktuelle Regierungsentwurf, wonach der Masterstudiengang Gender Studies von der Liste der Universitätsstudiengänge gestrichen werden soll.

### III. Fazit

Die Geschlechterforschung ist ihrem Wesen nach neubewertend: Sie behauptet, dass es im Gegensatz zum objektiven Standpunkt wichtig ist, wer und aus welcher Position spricht. Dadurch ist die Genderforschung in einer komplexen hermeneutischen Situation, von der aus sie sich gegen Argumente, sie sei *nicht wissenschaftlich* oder *nicht objektiv*, schwer zur Wehr setzen kann. Im öffentlichen Raum neben die ebenfalls neubewertende Anti-Gender Argumentation gestellt, zeigt sich die Genderwissenschaft als verletzbar, auf dem Spiel steht ja ihre Legitimität. Von Max Webers berühmtem Werk „Wissenschaft als Beruf“ (1919) führte ein langer Weg bis zur Institutionalisierung der Genderforschung. Die Neubewertung, das heißt, die Revision der Wissenschaft erfolgt kontinuierlich, aber dass sie umgewertet wird, darf nicht akzeptiert werden. Die Anti-Gender-Bewegung verwendet Argumente, die dem Anschein nach als wissenschaftlich zu bezeichnen sind, um eine weltanschauliche Bewegung zu bestätigen. Doch gerade die Art und Weise, wie sie argumentiert, macht ihre Argumentation zur Pseudowissenschaft.

Was passiert, wenn die Mehrheit die Minderheit nicht als Wert betrachtet? Was passiert, wenn die Vertreter der Gleichheit von sozialen Geschlechtern in Minderheit bleiben und von der Mehrheit ausdrücklich als Vertreter der *Kultur des Todes* betrachtet werden? Welche Antworten können auf das Phänomen der Anti-Gender-Bewegung gegeben werden?

Am einfachsten wäre es, das Problem außer Acht zu lassen. Jede, jeder soll sich in ihren, seinen Elfenbeinturm zurückziehen und sich ausschließlich mit der eigenen Wissenschaft beschäftigen. So wie die deutschen Kollegen mit einem Abwinken auf den Namen von Gabriele Kuby reagierten. Aber da die Genderforschung in Deutschland anders institutionalisiert ist und eine andere Stellung im wissenschaftlichen Leben hat, ist es unvorstellbar, dass eine Deutsche Akademie der Wissenschaften in ihrer Zeitschrift – angenommen, sie hätte eine – Artikel von einem Niveau veröffentlichen würde, wie es sich die Zeitschrift der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, „Magyar Tudomány“ (*Ungarische Wissenschaft*), erlaubt hat.<sup>18</sup>

<sup>18</sup> József Benda: Az utolsó esély. A demográfiai krízis, mint lehetőség. In: Magyar Tudomány 177 (2016) 1, 103–112; Katalin Koncz: A mainstream nőpolitika zsákutca? In: Magyar Tudomány 177 (2016) 4, 461–478; K. Koncz: A gyermekvállalás társadalmi, gazdasági háttére. In: Magyar Tudomány 180 (2019) 8, 1213–1221.

Eine andere Möglichkeit wäre es, den Diskussionspartner durch Zitate aus der soeben angeführten Zeitschrift lächerlich zu machen. Doch etwas lächerlich zu machen, ist kein Werkzeug der Wissenschaft und ist auch im politischen Aktivismus kontraproduktiv. Gewinnen sollte man durch wissenschaftliche Argumentation.

Als dritte Möglichkeit bietet sich die Wissensvermittlung und Aufklärungsarbeit an, um die Frage zu klären: Was ist Gender? Die Probleme könnten sich auf diese Weise lösen, meinen viele. Allerdings scheint die Wissensvermittlung an sich kein effizientes Werkzeug zu sein, da der Anti-Gender-Diskurs die Strategie verfolgt, den Standpunkt des Gegenübers als unglaublich und damit ungültig erscheinen zu lassen.

Aus dem Gesagten wird klar, dass die Genderforschung weltweit im Zugzwang ist, was sie als eine revisionistische Disziplin immer schon war. Aber jetzt erfährt sie von einer neuen Seite Kritik. Gerade deswegen sind die von den Instituten Vokskabin<sup>19</sup> oder Publicus<sup>20</sup> durchgeführten Umfragen wichtig, die das Ergebnis erbrachten, dass die überwiegende Mehrheit, 75 Prozent der ungarischen Bevölkerung, die Gleichheit der sozialen Geschlechter eindeutig unterstützt. Für die Gesellschaft relevante Fragen können auf der Basis dieses gesellschaftlichen Konsenses neu formuliert werden.

Abschließend möchte ich den Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaft aufgrund der Analyse von Anti-Gender-Bewegungen und der gegen sie entwickelten Gegenstrategien vier Strategien vorschlagen.<sup>21</sup>

Erstens argumentiere ich für eine transversale Politik, die im Sinne von Yuval Davis darin besteht, dass die Sprechsituation der diversen Sprecher aufgrund der feministischen Standpunkt-Epistemologie anerkannt wird, wobei die Diversität dem Gleichheitsideal dienlich ist, sie aber nicht ersetzt. Eine Pseudonauivität, dass die Diversitäten und die Debatten sich alle in einer einheitlichen Harmonie verschmelzen, ist mir fremd: Sie werden sich nicht auflösen. Es ist aber wichtig, die Diversitäten anzuerkennen und zu akzeptie-

<sup>19</sup> Andrea Pető – Judit Bagi – Melani Barlai – Xénia Deczky: Mit gondolunk a férfiak és nők esélyegyenlőségéről? In: Mandiner 30. November 2015. [http://mandiner.hu/cikk/20151130\\_peto\\_andrea\\_mit\\_gondolunk\\_a\\_ferfiak\\_es\\_nok\\_eselyegyenlosegerol](http://mandiner.hu/cikk/20151130_peto_andrea_mit_gondolunk_a_ferfiak_es_nok_eselyegyenlosegerol) (16. April 2020).

<sup>20</sup> Eszter Kováts – Andrea Pető: Anti-gender discourse in Hungary: a discourse without a movement? In: Anti-Gender Campaigns in Europe. Religious and Political Mobilizations against Equality. Hgg. Roman Kuhar, David Paternotte. London 2018, 117–131.

<sup>21</sup> Eszter Kováts – Maari Pöim – Judit Tanczos: Beyond gender? Anti-gender mobilization and the lessons for progressives. In: Foundation for European Progressive Studies. Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2015. [http://www.fesbp.hu/common/pdf/FEPS\\_FES\\_Policy\\_Brief\\_2015.pdf](http://www.fesbp.hu/common/pdf/FEPS_FES_Policy_Brief_2015.pdf) (16. April 2020).

ren, um denjenigen Raum zu gewähren, die an einer Lösung mitarbeiten wollen. Die Alternativen zum transversalen Dialog stellen die Absonderung und die fehlende Kommunikation, schlimmstenfalls die Verspottung dar. Die Folge darauf wäre allgemein die Entstehung einer aus verfeindeten Gruppen bestehenden Stammesgesellschaft und, im Besonderen, die weitere Gettoisierung der Genderforschung, einschließlich des Verlustes ihrer gesellschaftlichen Relevanz.

Zweitens sollte die Genderwissenschaft nicht nur den Dialog mit den anderen Gesellschaftsgruppen fortsetzen, sondern auch neue Verbündete suchen, und zwar solche, die sich im Rahmen der konservativen Politik oder der feministischen Theologie für die Demokratie engagieren, auch wenn sie in einigen Fragen anderer Meinung sind. Die Anti-Gender-Argumentation bedeutet Hass, der sowohl Konservativen als auch Liberalen ein Problem bereitet.

Drittens braucht man neue, mutige Fragen und eine neue Sprache. Die erwähnte dreifache Krise hat die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändert. Eine relevante und kritische Reflexion auf diese Veränderungen ist notwendig.

Insgesamt sollte auch der menschenrechtliche Diskurs neu intensiviert werden. Ich möchte dabei nicht für eine Relativierung oder für Mechanismen argumentieren, um Universalrechte partikulär zu machen. Im Gegenteil. Heutzutage ist das Wort *liberal* in bestimmten Kreisen ein Schimpfwort, obwohl der Liberalismus das Fundament für Menschenrechte darstellt. Trotzdem darf man unter dem Vorwand von Menschenrechten unannehmbar Dinge nicht legitimieren, wie etwa das konsumorientierte Leben oder das kritiklose Lobpreisen der 1989er politischen Wende. Ich behaupte daher, dass die Genderforschung im heutigen Ungarn und im weiteren europäischen Umfeld eine besondere Relevanz hat. Wenn sie von der Mehrheit der Gesellschaft unterstützt wird, stellt sie eine Möglichkeit dar, gegen die Anti-Gender-Bewegungen kritisch aufzutreten. Sie ist eine einzigartige Möglichkeit für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dieser Disziplin. Es wäre ein Fehler, sie nicht zu nutzen.

Die eingangs erwähnten Geschichten illustrieren, dass uns große Veränderungen bevorstehen, aber unser Berufsstand – die Wissenschaft, die auf der Grundlage der Menschenrechte steht und die Richtlinien der Wissenschaftlichkeit befolgt, scheint noch nicht bereit zu stehen. Auf dem Spiel steht der Fortbestand der Gender Studies, damit auch die Existenz unserer Studieren-

den, überhaupt die Möglichkeit, eine demokratische Wissenschaft zu betreiben. Hoffentlich trägt dieser Vortrag dazu bei, den ersten Schritt zu einer kritischen Selbstprüfung der Genderwissenschaft zu wagen, um mit neuen Verbündeten dem zunehmenden Hass und der Ausgrenzung den gesellschaftlichen Raum zu nehmen.